

Familiengründung ist ein Armutrisiko

Positionspapier zur katholischen Schwangerschaftsberatung in NRW

Stress und Existenzsorgen belasten immer mehr schwangere Frauen, die sich Rat suchend an katholische Schwangerschaftsberatungsstellen wenden. Darauf macht ein Positionspapier der Diözesan-Caritasverbände in NRW aufmerksam. Die Wirtschafts- und Finanzkrise, das Sparpaket der Bundesregierung und sozialrechtliche Veränderungen hätten deutliche Spuren hinterlassen, heißt es in dem Papier.

Ungesicherte und nicht ausreichende Einkommen, Arbeitslosigkeit und Verschuldung führen zu gesundheitlichen und psychischen Belastungen, Beziehungsproblemen und Zukunftsangst. Familiengründung ist für viele inzwischen ein Armutrisiko.

Hart betroffen sind Alleinerziehende, junge Schwangere und deren Partner ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Frauen mit Migrationshintergrund. Die katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen haben die Aufgabe, trotz Armutrisiken mit den Ratsuchenden Perspektiven zu entwickeln, wie diese mit Zuversicht den Übergang in die Elternschaft bewältigen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. „Die katholische Kirche fühlt sich dem Schutz ungeborenen Lebens verpflichtet“, sagte Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der Caritasdirektoren NRW. Daher stelle sie in NRW ergänzend zur gesetzlich vorgese-

henen staatlichen Förderung zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung. Diese nutze die katholische Schwangerschaftsberatung, um Frauen und Paare in Schwangerschaftskonflikten und psychosozialen Notlagen kompetent zu beraten und zu unterstützen. „Sie kann dadurch eine ‚Türöffnerfunktion‘ entwickeln, um Probleme frühzeitig zu erkennen und Hilfesuchende gegebenenfalls rechtzeitig in weiterführende Hilfen zu vermitteln“, sagte Kessmann.

Die Beratung ist eng vernetzt mit Projekten Früher Hilfen, die vor allem Familien in besonders belasteten Lebenslagen unterstützen. So fördert katholische Schwangerschaftsberatung gesunde Lebensbedingungen für Kinder in den ersten Jahren und dient damit auch dem Anliegen der frühkindlichen Prävention. Eine Verbesserung der Lebensqualität von schwangeren Frauen, werdenden Vätern und jungen Familien ist ein wichtiger Baustein zur Sicherung des Kindeswohls.

Trotz rückläufiger Geburtenzahlen steigt die Zahl der Rat und Hilfe suchenden Frauen in der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung seit Jahren stetig an. 2010 nahmen in NRW rund 128000 Frauen und Paare diese Beratung in Anspruch, etwa ein Viertel aller schwangeren Frauen. Davon wiederum etwa ein Viertel aller Anfragen nach Information, Beratung und Unterstützung im Zusammenhang mit einer Schwangerschaft richten sich an die katholische Schwangerschaftsberatung der Caritas in NRW. Im Jahr 2010 wurden 16 147 Anträge an die Bundesstiftung „Mut-

ter und Kind“ gestellt, die in diesen Fällen mit 12.485.589 Euro unterstützte. Hinzu kamen 3505 Anträge an die bischöflichen Hilfsfonds mit einem Gesamthilfenvolumen von 2.513.393 Euro und Hilfe aus anderen Fonds in Höhe von 200.587 Euro.

Hinweis: Das Positionspapier der Caritas in NRW steht zum Download bereit unter www.caritas-nrw.de (Aktuelles / Positionen). ◀

M. Lahrmann

Feldstudie zur Ökonomie der sozialen Arbeit sucht Teilnehmer

In den letzten Jahren ist die Finanzierung der sozialen Arbeit immer neu und von verschiedenen Seiten problematisiert worden. Wenig bis gar nicht ist dabei beleuchtet worden, mit welchen Orientierungen die Akteure in der Praxis selbst arbeiten. Häufig ist kritisiert worden, dass neoliberale Ideen die fachliche Steuerung der sozialen Arbeit überlagern. Ulrich Deller, Sozialwissenschaftler an der Katholischen Hochschule in Aachen, führt jetzt eine umfangreiche Untersuchung zum Verhältnis zwischen Anbietern und administrativen Kostenträgern durch. „Uns interessiert, wie die Akteure dies selbst einschätzen: Wie viel Freiraum haben die Beteiligten (noch), Fachlichkeit zu bewahren oder Ökonomie und Fachlichkeit zusammenzubringen?“, sagt Deller und bittet um Beteiligung an dem elektronischen Fragebogen. Die Untersuchung trägt den Titel „Fachliche Steuerung sozialer Arbeit trotz knapper Kassen“ und findet sich unter <http://www.fachliche-steuerung-sozialer-arbeit.de>. ◀

M. L.

„Caritas in NRW – AKTUELL“ ist der Informationsdienst der Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln, Münster und Paderborn.

Er erscheint sechsmal im Jahr.

Zu bestellen bei:

Caritas in NRW

Redaktion

Lindenstraße 178

40233 Düsseldorf

Telefon: 02 11/51 60 66 20

Telefax: 02 11/51 60 66 25

E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de

Bestellungen auch über die Pressestellen der nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände.

ISSN 1611-3527



Sorge um Langzeitarbeitslose

Aachener Bischof Mussinghoff predigt vor Landtagsabgeordneten

Der Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff verlangt mehr Hilfen für Langzeitarbeitslose. Es sei unverständlich, dass Arbeitsloseninitiativen mangels staatlicher Förderung aufgeben müssten, kritisierte Mussinghoff in einem Gottesdienst mit Landtagsabgeordneten zum Auftakt des Parlamentsjahres.

Der Bischof kritisierte, dass Langzeitarbeitslose zu wenig Unterstützung bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erhielten. Dauerhafte unfreiwillige Arbeitslosigkeit führe neben erheblichen materiellen Einschränkungen zum Ausschluss aus zentralen sozialen Lebensbereichen.

Weiter forderte der Bischof, Familien- und Bildungspolitik als vorsorgende Sozialpolitik zu begreifen. Kinder aus sozial schwachen Familien müssten möglichst früh an den kulturellen, sozialen und materiellen Rechten der Gesellschaft teilhaben, „um sie

vor dem Schicksal lebenslanger Abhängigkeit von staatlicher Alimentation zu bewahren“. Die gegenwärtige Schuldenkrise, die die Haushalte an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit führe und zu Lasten künftiger Generationen gehe, müsse zu einer Sozialpolitik führen, die die existenziellen Lebensbedingungen von Menschen und das Gemeinwohl der ganzen Gesellschaft im Blick habe.

Ausgehend vom Gleichnis vom barmherzigen Samariter, forderte Mussinghoff, den Blick auch auf die „Strukturen der Hilfe

wie Herberge, Krankenhaus, geschultes ärztliches und pflegerisches Personal“ zu richten. „Das persönlich karitative Handeln gehört zum Christentum wie die Strukturen karitativen Handelns in fachlich professionell geführten Einrichtungen.“

Der Bischof betonte, dass es angesichts der gegenwärtigen Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise einen hohen Bedarf an ordnungspolitischem Handeln in Europa und weltweit gebe. Wichtig sei dabei eine klare Orientierung am Weltgemeinwohl.

Mussinghoff erinnerte an den vor 200 Jahren geborenen Sozialbischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler und dessen Plädoyer für die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. An dem Gottesdienst im Rahmen eines parlamentarischen Abends nahmen auch Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU), Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), mehrere Minister und Abgeordnete teil. ◀

Ziel: bessere Teilhabe im Job

LVR und Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege unterzeichnen Vereinbarung zu Werkstätten für Menschen mit Behinderung

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG) haben sich auf eine gemeinsame Rahmenzielvereinbarung geeinigt. Sie wollen damit die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben verbessern. Wichtigste Ziele sind die Weiterentwicklung der Unterstützung in den Werkstätten und die Förderung der Übergänge von der Werkstatt auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Unterzeichnet wurde die Vereinbarung im November von LVR-Direktorin Ulrike Lubek und dem damaligen LAG-Vorsitzenden Andreas Meiwes.

In den 43 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen im Rheinland arbeiten rund 31000 Menschen mit Behinderung. Die Werkstätten bieten Betreuung und Förderung, eine sinnvolle Aufgabe, soziale Kontakte und ein eigenes Einkommen. Die in den Werkstätten erforderliche Unterstützung finanziert der LVR mit rund 400 Millionen Euro im Jahr. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft wolle man möglichst vielen Menschen mit Handicap den Weg auf den allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglichen, hieß es. Für die Menschen, die dazu aber nicht oder noch nicht in der Lage seien, biete die Werkstatt die Möglichkeit, am Berufsleben teilzunehmen. Beide Seiten wollen auch zukünftig den steigenden Bedarf nach Werkstattarbeitsplätzen decken und den Kostenanstieg dämpfen. Meiwes betonte: „Wir sind

uns einig, dass wir die Qualität in den Werkstätten sichern und weiterentwickeln wollen, und dazu benennen wir hier die wichtigen Handlungsfelder. In einem nächsten Schritt werden die einzelnen Werkstätten dazu individuell angepasste Zielvereinbarungen mit dem LVR abschließen.“

Neben der Förderung des Übergangs auf den regulären Arbeitsmarkt ist eine Modularisierung der Werkstatteleistungen Ziel der Vereinbarung. Dadurch könnten Menschen mit Behinderung je nach persönlichem Bedarf einzelne Leistungen der Werkstätten abrufen. Darunter fallen zum Beispiel Trainings zur Persönlichkeitsentwicklung oder Weiterbildungen. Der LVR und die Werkstattträger möchten weiter daran arbeiten, Menschen mit sehr schweren Behinderungen bestmöglich und wohnortnah

zu betreuen und zu beschäftigen. Auch die Werkstattangebote für Menschen mit psychischer Behinderung sollen ausgebaut werden.

Der Bedarf an Werkstattplätzen und die damit einhergehenden Kosten sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Die größte Gruppe der Werkstattbeschäftigten bilden mit rund 80 Prozent die Menschen mit einer geistigen Behinderung. Besonders gestiegen ist der Bedarf nach Arbeitsplätzen bei den Menschen mit einer psychischen Behinderung. Ihr Anteil liegt heute bei 21 Prozent, 2007 waren es noch 18,5 Prozent. ◀

Impressum

Caritas in NRW – AKTUELL

Lindenstraße 178, 40233 Düsseldorf,
Tel.: 02 11/51 60 66 20, Fax: 02 11/51 60 66 25,
E-Mail: redaktion@caritas-nrw.de,
Web: www.caritas-nrw.de

Herausgeber:

Diözesan-Caritasverbände Aachen, Essen, Köln,
Münster und Paderborn, vertreten durch Diöze-
san-Caritasdirektor Andreas Meiwes, Essen.

Chefredakteur: Markus Lahrmann

Abo-Fragen: Kevin Jandrey

Tel.: 02 11/51 60 66 20,

E-Mail: vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung: Bonifatius GmbH
Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,
Karl Wegener, Tel.: 0 52 51/1 53-2 20, E-Mail:
karl.wegener@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ALG-II-Testbogen

Aachen – Anfang Januar wurden die Regelleistungen im SGB II angehoben. Der Eckregelsatz beträgt für eine alleinstehende Person 374 Euro und für zusammenlebende Ehepartner bzw. Lebenspartner jeweils 337 Euro. Einen Testbogen mit den aktuellen Regelleistungen hat der Caritasverband für das Bistum Aachen herausgegeben. Er dient dazu, einen ersten Überblick über Leistungen und Ansprüche auf Grundsicherung für Arbeitsuchende zu erhalten.

Kontakt: RSchlag@caritas-ac.de ◀

Caritas-Service ausgezeichnet

Aachen/Berlin – Bei der Preisverleihung für den Innovatio-Sozialpreis in Berlin ist auch der Caritas-Unternehmensservice aus Aachen als eines der zehn besten Projekte ausgezeichnet worden. Er wurde „für seine herausragende innovative Leistung“ gewürdigt und erhielt eine Gratifikation von 1.000 Euro. Als ein Akteur im Aachener Familienservice

bietet er Firmen in der Städteregeion auf sie individuell zugeschnittene Dienstleistungspakete zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an. ◀

Ombudschaft Jugendhilfe

Düsseldorf – Die Wohlfahrtsverbände in Nordrhein-Westfalen richten eine unabhängige Beschwerdestelle für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene ein, die ihren Anspruch auf Jugendhilfeleistungen nicht durchsetzen können. Zu diesem Zweck haben die Verbände der LAG Freie Wohlfahrtspflege einen Verein „Ombudschaft Jugendhilfe NRW“ gegründet. Dieser Verein plant den Aufbau einer zentralen Geschäftsstelle und ehrenamtlicher Unterstützungsstrukturen in allen Kreisen und Städten. Die Ombudschaft Jugendhilfe bietet jungen Menschen Unterstützung, Beratung und Begleitung bei der Formulierung ihrer Beschwerde gegen einen Jugendhilfeträger an. Für die Caritas in NRW wird Peter Frings,

Justitiar beim DiCV Münster, den Sitz im Vorstand des Vereins einnehmen. ◀

Höhere Hilfesätze angemahnt

Köln – Die Caritas im Erzbistum Köln hat die Anhebung der Hilfesätze im Asylbewerberleistungsgesetz gefordert. Derzeit liegen die Regelsätze für Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge um 30 bis 50 Prozent unter dem berechneten Existenzminimum. „Es ist unrecht, dass auch zwei Jahre nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts zur Anhebung der Hartz-IV-Sätze die notwendige Anpassung für Asylbewerber und Geduldete noch immer auf sich warten lässt“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Frank J. Hensel. Die Anhebung scheitert nach seiner Auffassung nicht vorrangig an den Mehrkosten, sondern weil sich Politiker einen Abschreckungseffekt erhofften. Die derzeitigen Hilfesätze führten zu einem unwürdigen Leben unterhalb des Existenzminimums, was Flüchtlingskinder besonders treffe. ◀

Boom beim BFD

Caritas in NRW pocht auf Einhaltung von Standards für Freiwillige

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) ist sehr begehrt. Bis Anfang Dezember hatten sich 1539 Freiwillige per Vertrag zum Dienst in einer der Einrichtungen der Caritas in NRW verpflichtet, davon waren 171 über 27 Jahre alt. Das Bundesfamilienministerium betonte inzwischen, dass nicht mehr Geld zur Verfügung stehe als für bundesweit 35.000 Verträge. Dieses Kontingent ist Berichten zufolge nahezu ausgeschöpft.

In einem gemeinsamen Thesenpapier beschreiben die nordrhein-westfälischen Diözesan-Caritasverbände Standards und Profil des BFD in ihrer Trägerschaft. Der Dienst der Freiwilligen stelle für hilfsbedürftige Menschen eine „zusätzliche Unterstützung und Hilfestellung dar, über die wir sehr dankbar sind“, sagte Heinz-Josef Kessmann, Sprecher der Diözesan-Caritasdirektoren in NRW. Für die Einrichtungen und Diensteböte die Herangehensweise der Freiwilligen eine zusätzliche und bereichernde Perspektive in der Arbeit, unterstrich Kessmann. Den Dienstleistenden biete der BFD eine Chance, „die Arbeit kirchlich-caritativer, sozialer und pflegerischer Dienste und Einrichtungen kennenzulernen“. Dadurch

ergebe sich die Möglichkeit, „Menschen aller Generationen an soziale Arbeitsfelder heranzuführen und bei ihnen ein weitergehendes Interesse für die Berufswahl oder eine berufliche Neuorientierung zu wecken“, sagte Kessmann. Er warnte davor, den BFD als Arbeitsmarktinstrument zu missbrauchen. „In jedem Einzelfall muss das Prinzip der Freiwilligkeit bewahrt bleiben“, betonte Kessmann. Dieses Engagement dürfe nicht für andere staatliche Zwecke instrumentalisiert werden. Die Diözesan-Caritasverbände wachen auch gemeinsam mit den Einsatzstellen über die Einhaltung der Arbeitsmarktneutralität des BFD. Freiwillige werden nur in solchen Einsatzfeldern eingesetzt,

die ansonsten entfallen würden, weil sie nicht zu bezahlen wären. Die Einsatzstellen seien immer in Bereichen, die direkt der Verbesserung der Lebensqualität, der Stärkung der Inklusion und Teilhabe oder den Wunsch- und Wahlmöglichkeiten der Betroffenen dienen.

Für die Caritas in NRW sei die qualifizierte Begleitung aller Freiwilligen unverzichtbarer Bestandteil des BFD. „Nur so kann auch der BFD seinem geforderten Charakter als sozialer Lernendienst gerecht werden“, betonte Kessmann. Förderung von Persönlichkeitsbildung und soziale (Jugend-)Bildung seien wichtige Elemente und Ziele der Bildungsmaßnahmen. Für die Zukunft kündigte die Caritas in NRW an, für den BFD verstärkt diejenigen anzusprechen, die über geringe Erfahrungen und Anknüpfungspunkte im sozialen Bereich verfügen. Dies seien „in unserer Gesellschaft immer wieder gerade junge Männer und Jugendliche mit Migrationshintergrund“, sagte Kessmann.

Hinweis: Das Positionspapier der Caritas in NRW steht unter www.caritas-nrw.de (Aktuelles / Positionen) zum Download bereit. ◀

Lichtblicke: Gute Zwischenbilanz

Diözesan-Caritasdirektor Hensel neuer Vorsitzender

Über drei Millionen Euro an Spenden sind bis Mitte Januar auf dem Konto der Hilfsaktion Lichtblicke eingegangen. Im Stichtagsvergleich bedeutet das ein Plus von rund 340.000 Euro gegenüber der vergangenen Spendensaison. Alles deutet auf neue Spendenrekorde für Kinder und Familien in Not.

Und alle Spenden werden gebraucht und zeitnah verteilt. Aktuelles Beispiel: Bei einer Gasexplosion wurde das Haus einer fünfköpfigen Familie zerstört. Die zwei Söhne wurden dabei schwer verletzt, einer der Jungen musste sogar in einer Spezialklinik ins künstliche Koma versetzt werden. Darüber hinaus traf noch ein weiterer schwerer Schicksalsschlag die Familie: Bei der Tochter wurde Krebs diagnostiziert, und sie muss sich einer belastenden Chemotherapie unterziehen. Lichtblicke unterstützt diese Familie, damit sie neue Kleidung kaufen und das Geld für die Fahrtkosten zur Klinik bezahlen kann.

Neuer Vorstandsvorsitzender der Aktion Lichtblicke e.V. ist seit Dezember der Kölner Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel. Der 48-Jährige wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig als Nachfolger von Alfred Hovestädt gewählt, der Anfang November unerwartet verstorben war. ◀



*Dr. Frank Johannes Hensel, Direktor des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln (2. v. r.), ist neuer Vorsitzender des Vorstands. Zum insgesamt vierköpfigen Lichtblicke-Vorstand gehören auch Martin Kunze, radio NRW GmbH, als erster Stellvertreter sowie Thomas Hoyer, Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln, und Reinhard van Spankeren, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe (v. r.).
Foto: radio NRW*

Hilfe durch die ARD-Fernsehlotterie

Mit knapp 2,8 Millionen Euro hat die ARD-Fernsehlotterie im vergangenen Jahr Einrichtungen der Caritas in NRW unterstützt. Gefördert wurden beispielsweise die Neuanlage eines Sinnesgartens im Seniorenzentrum in Warburg, Sanierungsmaßnahmen für ein Altenzentrum in Dortmund und der Ersatzneubau eines Hospizes in Recklinghausen. „Helfen, wo staatliche Unterstützung nicht ausreicht, und Menschen dazu ermuntern, sich für das Gemeinwesen einzusetzen“ – so sieht die Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ ihre Aufgabe seit über fünf Jahrzehnten. Seit der Gründung 1956 wurden rund 6350 Projekte mit insgesamt 1,4 Milliarden Euro gefördert. ◀